

Schweiz

Migros gegen Novartis

Menschenrechte Heute kommt es bei der Beratung zur Konzernverantwortungsinitiative zum Showdown. Während der Detailhandel für einen Gegenvorschlag einsteht, hat die Pharma inzwischen die Seite gewechselt.

Luca De Carli

Einen Abstimmungskampf wagen gegen Bilder von ausgebeuteten Minenarbeitern oder Kakaobauern? Diese Frage treibt die Schweizer Wirtschaft seit mehreren Jahren um. Denn eines ist klar: Kommt es tatsächlich zu einer Volksabstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative, könnte es für die Wirtschaft heikel werden. Umfragen haben gezeigt, dass in der Bevölkerung grosse Sympathien für die Initiative vorhanden sind.

Das Volksbegehren verlangt, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz auch bei Geschäften im Ausland sicherstellen müssen, dass sie die Menschenrechte respektieren und Umweltstandards einhalten. Tun sie oder ihre Tochterfirmen im Ausland das nicht, sollen sie dafür in der Schweiz haftbar gemacht werden können. Hinter der Initiative steht eine Allianz der grossen Schweizer Hilfswerke und weiterer Nichtregierungsorganisationen.

Verband warnt vor «erpresserischen Klagen»

Heute berät nach dem Nationalrat nun der Ständerat darüber, ob er einen Gegenvorschlag zur Initiative verabschieden will. Der Nationalrat sagte im letzten Sommer deutlich Ja zu einem Gegenvorschlag. Dieser nimmt die Hauptziele der Initiative im Grundsatz auf, schränkt jedoch unter anderem die Zahl der betroffenen Unternehmen und die Art der Schäden, für die sie haftbar gemacht werden können, deutlich ein. Schliesst der Ständerat sich dem Gegenvorschlag des Nationalrats an, ziehen die Initianten ihre Initiative zurück. Schwächt er den Gegenvorschlag ab oder lehnt ihn gleich ganz ab, kommt es zur Volksabstimmung.

Mehrere grosse Wirtschaftsverbände wollen inzwischen nichts mehr wissen von einem Gegenvorschlag. Der Dachverband Economiesuisse sowie Swissholdings, die Vereinigung der Grosskonzerne, sind schon lange dagegen. Inzwischen hat sich unter anderem auch Scienceindustries, der Verband der Chemie- und Pharmafirmen, dieser Position angeschlossen.

Der Verband mit prominenten Mitgliedern wie Novartis, Roche oder Nestlé warnt vor Initiative



Sollen Schweizer Konzerne die Ausbeutung von Goldschürfern – wie diesem in der Elfenbeinküste – verantworten müssen? Foto: Luc Gnago (Reuters)

und Gegenvorschlag. Im Fall eines Ja zur Initiative seien «erpresserische Klagen von selbst erklärten Hilfsorganisationen» gegen Schweizer Unternehmen möglich. Der Gegenvorschlag wiederum nehme die «wesentlichen Anliegen der Wirtschaft

nicht auf». Noch vor zwei Jahren hatte Scienceindustries für einen Gegenvorschlag lobbyiert. Präsident des Verbandes ist der Chef von Novartis Schweiz, Matthias Leuenberger.

Das Nein zum Gegenvorschlag ist in der Wirtschaft allerdings

keineswegs Konsens. Prominenteste Befürworterin ist die IG Detailhandel, zu der sich Migros, Coop, Denner und Manor zusammengeschlossen haben. «Die IG Detailhandel will einen Gegenvorschlag zur Konzerninitiative», sagt IG-Leiter Patrick Marty. Die

Version, die der Nationalrat im letzten Sommer verabschiedet hat, sei in den Grundzügen richtig. Es müsse das Ziel sein, eine Lösung zu finden, hinter der auch die Initianten stünden.

Ein eigenes Komitee wirbt für den Gegenvorschlag

Die IG Detailhandel wolle einerseits verhindern, dass die Initiative ohne Gegenvorschlag vors Volk komme, sagt Marty. «Ein solcher Abstimmungskampf würde schwierig.» Andererseits nehme die Initiative berechnete Anliegen auf. Unternehmen hätten auch im Ausland eine Verantwortung.

Die grossen Detailhändler stehen mit dieser Position in der Schweizer Wirtschaft nicht alleine da. Schon länger existiert ein eigenes Komitee für einen Gegenvorschlag. Auch hier sind verschiedene Vertreter der Wirtschaft aktiv. Unter anderen Jürg Bucher, einst Konzernleiter der Post und heute Präsident der Valiant-Bank.

Entschärfung im Sinn der Wirtschaft

Der Nationalrat hat im letzten Sommer mit einer klaren Mehrheit von 121 zu 73 Stimmen einen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative beschlossen – gegen den Willen der SVP und von Teilen der FDP. Die Initianten haben im Gegenzug angekündigt, die Initiative zurückzuziehen. Aber nur, wenn der Gegenvorschlag vom Ständerat nicht abgeschwächt wird.

Im Ständerat ist die Ausgangslage vor der Debatte heute offen. Für einen Gegenvorschlag hatte sich in der vorbereitenden Kommission mit 6 zu 4 Stimmen

bei 3 Enthaltungen nur eine knappe Mehrheit ausgesprochen. Der Antrag des Zürcher Ständerats Ruedi Noser (FDP), nicht auf die Vorlage einzutreten und damit den Gegenvorschlag zu stoppen, hat daher Chancen.

Tritt der Ständerat auf die Vorlage ein, muss er entscheiden, ob er den Gegenvorschlag aus dem Nationalrat im Sinn der Wirtschaft entschärft. Die Kommission hat sich für mehrere solche Anpassungen ausgesprochen. Entscheidend wird die Einführung der sogenannten Subsidiaritätsregel sein. Der Entwurf

dazu sieht vor: Ein Konzern in der Schweiz soll nur dann juristisch belangt werden können, wenn der Kläger glaubhaft macht, dass eine Klage gegen die Tochtergesellschaft im Ausland erheblich erschwert ist.

Die Kommission hat sich mit 7 zu 6 Stimmen für diese Regel ausgesprochen. In einem Brief an alle Ständeräte lehnt das Komitee für einen Gegenvorschlag diese «kaum überwindbare Klagehürde» jedoch ab. Für die Initianten ist klar: Kommt die Subsidiaritätsregel, ziehen sie die Initiative nicht zurück. (ldc)

Parlament verwirft Wohninitiative

Ständerat Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ist im Parlament nicht mehrheitsfähig. Der gemeinnützige Wohnungsbau profitiert aber trotzdem. Ein Rahmenkredit von 250 Millionen Franken soll in den nächsten zehn Jahren preisgünstigen Wohnraum fördern. Nach dem Nationalrat hat gestern auch der Ständerat den indirekten Gegenentwurf des Bundesrats angenommen und damit einen Mittelweg eingeschlagen. Die Aufstockung der Mittel für den Fonds de Roulement soll der Initiative des Mieterverbands den Wind aus den Segeln nehmen. Die Erhöhung der Bundesmittel tritt in Kraft, sobald die Volksinitiative zurückgezogen oder abgelehnt worden ist. Das Volksbegehren verlangt, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen fördert. Mindestens 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen müssten im Eigentum von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus sein. Das Ziel soll unter anderem mit Vorkaufrechten für Kantone und Gemeinden erreicht werden. (sda)

Nachrichten

Wenig Abgeschobene kehren zurück

Asylbewerber Im Vergleich zu Deutschland kehren nur wenige abgeschobene Asylbewerber wieder in die Schweiz zurück. Laut Justizministerin Karin Keller-Sutter beträgt die Rückkehrquote bei sogenannten Dublin-Fällen weniger als 10 Prozent. In den vergangenen zwei Jahren seien 328 abgeschobene Personen in die Schweiz zurückgekehrt, sagte sie gestern in der Fragestunde des Nationalrats. Demnach wurden in der gleichen Zeit 4057 Asylbewerber in verschiedene Dublin-Staaten abgeschoben. (sda)

Mehr Geld für Agglomerationsverkehr

Strassenverkehr Der Nationalrat hat 1,49 Milliarden Franken für Projekte im Agglomerationsverkehr bewilligt – 145 Millionen Franken mehr als vom Bundesrat beantragt. Auf Antrag seiner Verkehrskommission hat der Nationalrat am Montag Aargau-Ost, Delémont, Luganese und die Umfahrung Oberburg in die 3. Generation der Agglomerationsprogramme aufgenommen. (sda)

Klarere Positionierung gefordert